

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

17.1.1928 (No. 14)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Wochenblatt 2.— RM. einjäh. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Konflikt Stegerwald-Marz

Morgen Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums
M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Unter dieser Überschrift berichtet die „D. Z.“, daß sich in politisch-parlamentarischen Kreisen hartnäckig das Gerücht erhalte, Abgeordneter Stegerwald habe sein Amt als zweiter Vorkämpfer des Zentrums niedergelegt mit der Begründung, ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem 1. Vorkämpfer, Reichstanzler Dr. Marz, sei ihm unmöglich geworden. Auch aus Zentrumskreisen werden diese Gerüchte bestätigt. Man erwartet, daß der Parteivorstand in den aller-nächsten Tagen zusammenberufen wird, um die Differenzen zwischen den beiden leitenden Persönlichkeiten der Partei auszugleichen. Die D. Z. hierzu aus parlamentarischen Kreisen erfährt, soll die Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums bereits am morgigen Mittwoch stattfinden.

Letzte Nachrichten

Die Fortsetzung der Länderkonferenz

M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Heute Vormittag 10 Uhr wurden die Verhandlungen der Länderkonferenz in der Reichstanzlei wieder aufgenommen. Als erster Redner legte der sächsische Ministerpräsident Selb den Standpunkt seiner Regierung zu den Problemen der Konferenz und den gestrigen Hauptreferaten dar. Im Anschluß kamen die Ministerpräsidenten der übrigen Länder, zunächst der bedeutenderen zu Wort. Es sprachen Leuthäuser, Thüringen, Ulrich, Hessen, Kemmle, Baden, Finkh, Oldenburg, sowie ferner Ministerpräsident Braun, Preußen und der preussische Finanzminister Höpfer-Utschoff. Am Nachmittag beginnt, falls die Diskussion über Punkt 1 (Reich und Länder) bis dahin abgeschlossen ist, die Aussprache zu Punkt 2 und 3 (Sparmaßnahmen und Verwaltungsreform). Man rechnet jetzt mit Bestimmtheit damit, daß auch der dritte Tag, der morgige Mittwoch voll in Anspruch genommen werden wird. In den gestrigen Reden ist zu bemerken, daß der Hamburger Bürgermeister Petersen sein Referat persönlich gehalten hat, während der bayerische Ministerpräsident Dr. Selb im Namen der bayerischen Staatsregierung sprach.

* Um den neuen Wehrminister

Der bisherige Reichswehrminister Gessler, der seit dem Jahre 1921 das Reichswehrministerium geleitet und dabei die verschiedenartigsten Koalitionen überdauert hat, war kein Kleber. In den letzten Jahren hat er mehrfach den Wunsch zu erkennen gegeben, von seinem Amt entbunden zu werden. Die Art und Weise, wie er dieses Amt führte, hat ihn mit seiner Partei, den Deutschdemokraten, in schwere Konflikte gebracht. Und auch sonst hat es an Angriffen auf seine Amtsführung nicht gefehlt. Mitglied des jetzigen Reichskabinetts war Herr Gessler nicht als Angehöriger der Deutschdemokratischen Partei. Das ist seinerzeit ausdrücklich festgestellt worden. Man hatte sich nach und nach daran gewöhnt, Herrn Gessler als „Fachminister“ anzuspüren. Natürlich war das, bei Tageslicht gesehen, eine Ausrede. Aber sie ermöglichte das Verbleiben Gesslers in seinem Amt.

Schwere Schicksalsschläge persönlicher Natur haben den Reichswehrminister dann zu dem Entschluß benogen, aus seinem Amt zu scheiden. Und es wird keinen anständigen Menschen in Deutschland geben, der Herrn Gessler nicht tiefstes Mitgefühl in diesen rein menschlich zu beurteilenden Dingen entgegenbrächte. Herr Gessler hat zumal in den letzten Jahren den Kelch des Leidens bis zur Hefe auskosten müssen. Und man kann es gefühlsmäßig schließlich begreifen, daß ein Mann, dem das Geschick so Bitteres aufgebürdet hat, nun nicht auch noch die Last eines schweren und mit viel Ärger und Aufregungen verbundenen Amtes tragen will.

So ist denn der Entschluß Gessler's diesmal unerschütterlich gewesen. Die Verabschiedung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. Und wenn sie nicht jetzt schon publiziert worden ist, liegt das nur daran, daß man sich über die Person seines Nachfolgers noch nicht geeinigt hat. Wie gemeldet wird, hat Herr Gessler selbst General Groener als seinen Nachfolger empfohlen.

Gleichzeitig hat aber auch die Deutsche Volkspartei eine Art Anspruch auf das Amt des Reichswehrministers angemeldet. Dieser Anspruch wird allerdings von Seiten des Zentrums bestritten, und zwar mit Gründen, die sich hören lassen. Daß einer der amtierenden Reichsminister das Reichswehrministerium nebenamtlich verwaltet, könnte wohl ein Ausweg aus den Schwierigkeiten sein. Aber es wäre kein guter Ausweg. Interessant ist die Tatsache, daß ernsthaft von keiner Seite ein Deutschnationaler als Kandidat für das Reichswehrministerium genannt wird. Es hieße ja auch, das Reichskabinett, mit neuen außenpolitischen Problemen beschweren, wenn man jetzt einen Deutschnationalen zum Reichswehrminister machen wollte. Ferner aber würde dadurch der Einfluß dieser Partei im Reichskabinett ins Ungeheure steigen.

Angenehmer wäre es ja gewesen, wenn Herr Gessler mit seinem Rücktritt bis zu den Neuwahlen hätte warten können. Denn, wenn diese Neuwahlen eine starke Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstags ergeben, wird womöglich auch eine neue Koalition die Reichsregierung übernehmen. Und dann müßte ja soviel wie ein neuer Reichswehrminister bestellt werden. Daß die Sozialdemokraten sich nun und nimmer an einer Regierungskoalition beteiligen würden, wenn Herr Gessler Reichswehrminister bliebe, wußte man. Aber sicherlich wird die Kenntnis dieses Umstands Herrn Gessler nicht gerade zu einem Verbleiben im Amt animiert haben.

Verständlich wäre es, wenn die maßgebenden Männer im Reichskabinett und mit ihnen der Reichspräsident bei der Besetzung des Reichswehrministerpostens schon jetzt die Möglichkeiten der Zukunft berücksichtigen würden. Natürlich steht nirgends geschrieben, daß bei den Neuwahlen diese oder jene Partei große Gewinne erringen muß und daß, wenn etwa die Sozialdemokratie sehr gut abschneidet, nun auch eine Koalition mit ihr gebildet werden muß. Aber ein Blick auf die gesamte innerpolitische und außenpolitische Lage macht doch die Ernennung eines Mannes zur staatsmännischen Notwendigkeit, von dem man weiß, daß er kein Reaktionsist ist, keiner Rechtspartei angehört und positiv die Gewähr dafür bietet, daß die Reichswehr ein Machtinstrument in der Hand der Republik bleibt — oder wird, wie alle die sagen werden, die auch heute noch die Reichswehr mit einiger Skepsis betrachten.

Um das Reichsschulgesetz

M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Eine Korrespondenz hatte gemeldet, daß das Schulgesetz in ein kritisches Stadium getreten sei, weil der § 16a von der Deutschen Volkspartei erst nachträglich in seiner ganzen Bedeutung erkannt worden sei. Er soll nach Auffassung dieser Kreise eine Befähigung des bayerischen Kontrahenten enthalten, das gerade von der Deutschen Volkspartei lebhaft bekämpft worden ist. Diese Auffassung wird jedoch von einem der Führer der Deutschen Volkspartei im Ausschuß bestritten. Es sei nicht richtig, daß dieser Paragraph das bayerische Kontrahent befrähliche. Wie wir dazu erfahren, sieht man in der Tat den § 16a nicht als den eigentlichen Anstoß an, sondern den § 20, um den es viel lebhafter geht. Er enthält die Bestimmungen für die Stimmuntersuchen in Baden und Hessen. Volksparteiliche Kreise erklären, daß an dieser Einrichtung in Baden die Partei nicht rütteln lassen wolle. In der Kostenfrage soll die Reichsregierung befristigen, einen Kostenvorschlag vorzulegen, in dem erklärt wird, daß das Schulgesetz nicht verartige Summen verschlingen werde, wie bisher behauptet worden ist. Es heißt auch, daß man daran denke, die Kosten entweder auf die Gemeinden oder die Antragsteller umzulegen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen

M. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, trifft der litauische Ministerpräsident Woldeparas am 25. Januar in Berlin ein, um mit Dr. Grefemann Rücksprache zu nehmen. Es handelt sich dabei nicht nur um den Handelsvertrag, sondern auch um eine ganze Reihe von Abkommen, namentlich über Memel, für die die Vorgesprachen bereits sehr bald beginnen werden.

Gehemmtat Hagen über die Wirtschaftslage

M. Berlin, 17. Jan. (Tel.) In der Sitzung der Industrie- und Handelskammer in Köln erstattete Geheimrat Hagen den Bericht über das Wirtschaftsjahr 1927. In den Ausblicken für das Jahr 1928 erklärte der Berichterstatter, daß sich für kurzfristige Termine Geldanstellungen in gewissen Umfang im neuen Jahre eingestellt hätten. Er empfehle aber, dieser Erscheinung nicht allzusehr zu trauen, sondern auf dem Festen zu sein und sich rechtzeitig mit den notwendigen Geldmitteln zu versehen. Wie sich das Jahr 1928 weiter gestalten werde, sei noch nicht zu übersehen. Ihn und die Wirtschaft beunruhige am meisten, daß die Inanspruchnahme der Wirtschaft durch die Steuern unverändert groß sei. Hierin sehe er das starke Hemmnis für Deutschland, da es bei solcher Steuerhöhe nicht möglich sei, über seine Substanz zu kommen. Andererseits zeigten sich seit längerer Zeit Anzeichen dafür, daß sich eine Weltkonjunktur für den Absatz bilden könne. Man solle sich also keinen schwarzseherischen Betrachtungen hingeben. Unter Beobachtung aller möglichen Vorichtsmaßnahmen namentlich auf finanziellen Gebiete sei seiner Meinung nach vielmehr eine erträgliche Wirtschaft im Jahre 1928 möglich.

Zur Munitionsbeschlagnahme im Kieler Hafen

M. Kiel, 17. Jan. (Tel.) In Sachen der Munitionsbeschlagnahme im Kieler Hafen führt dem Vernehmen nach die Staatsanwaltschaft in Verbindung mit der Kriminalpolizei in Halle gegenwärtig die Untersuchung in Halle und Torgau. Es handelt sich bekanntlich um die 17 Eisenbahnwagen mit Gewehrmunition, die jetzt nach der gerichtlichen Beschlagnahme in einem Leichter verwehrt sind. Absender und Empfänger der Sendung waren bisher nicht in Erfahrung zu bringen.

Eine Entschließung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

M. Berlin, 17. Jan. (Tel.) Der am 16. Januar 1928 in Königswinter am Rhein versammelte erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich u. a. auch mit den Auswirkungen der Besoldungsreform und nahm eine Entschließung an, in der es heißt:
Im Wettlauf um die Wahlstimmen der Beamten ist im Reichstage eine Besoldungsvorlage verabschiedet worden, die das deutsche Volk mit 1 1/2 Milliarden belastet. Führer der christlichen Gewerkschaften haben im Reichstage eine vorläufige Neuordnung vorgeschlagen, die eine endgültige Lösung in Verbindung mit der Verwaltungsreform gebracht hätte, sofort aber eine Linderung der Not breiter Massen und der trostlosen Lage der Invalidenrentner herbeiführen sollte. Der Vorschlag wurde größtenteils nicht beachtet. Weite Volksschichten teilen die Auffassung der christlichen Gewerkschaften. Angesichts dieser Tatsache weist der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften entschieden die vom Reichstanzler kundgetane Auffassung zurück, daß der von Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftsführern eingenommene Standpunkt durch Bewilligung der Besoldungsreform mit überwältigender Mehrheit überlebt sei. Diese Auffassung findet keinerlei Stütze, wenn man sich die aus unserer Gesamtlage ergebenden Notwendigkeiten verantwortungsbewußt vor Augen halte. Die christlichen Gewerkschaften würden sich nunmehr erst recht geschlossen hinter Stegerwald und die vom Reichstanzler genannten Gewerkschaftsführer stellen. Sie seien vielmehr für ihr entschiedenes und mutiges Auftreten dankbar.

Auseinandersetzungen in der englischen Industrie

M. London, 17. Jan. (Tel.) Dem Mitarbeiter der „Times“ für Arbeitsfragen zufolge sind gegenwärtig in der Schiffs- und Maschinenbauindustrie Verhandlungen über Lohnforderungen der Arbeiter im Gange. Ende Januar werden zwei gemeinsame Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgehalten werden. In einem Leitartikel tritt „Times“ unter Hinweis auf die heute stattfindende Besprechung zwischen Spinnereibesitzern und Spinnern nachdrücklich gegen den Vorschlag der Baumwollbesitzer ein, die Arbeitswoche auf 52 1/2 Stunden zu erhöhen und die Löhne um 25 Proz. herabzusetzen.

Rücktritt des litauischen Oberbefehlshabers

M. Romo, 17. Jan. (Tel.) Der Oberbefehlshaber, General Schultauskas, ist um seinen Abschied eingekommen, der heute morgen vom Staatspräsidenten bewilligt worden ist. Eine Neubesetzung des Postens ist nur für Kriegszeiten vorgesehen. Die Abwicklung der Geschäfte übernimmt der Chef des Hauptstabes, Oberst Michawitschus.

Festnahme der beiden entflohenen Flieger

M. Prag, 17. Jan. (Tel.) Der Korporal Marek und der Infanterist Mita, die am 16. Jan. vom Krohnitzer Flugplatz aus mit dem Flugzeug „S. 1828“ abgeflogen waren, wurden gestern auf polnischem Gebiete, wo sie wohl infolge Benzinmangels eine Notlandung vornehmen mußten, aufgegriffen. Beide Defektoren wurden verhaftet.

Sinrichtungen in Peking

M. London, 17. Jan. (Tel.) „Times“ meldet aus Peking: Nach viermonatiger Gefangenschaft wurden am Sonntag Prof. Rao Jenschan und ein Student öffentlich hingerichtet. Aber die Gründe sind nicht bekannt gegeben worden, doch erfolgte die Verhaftung seiner Zeit unter dem Verdacht kommunistischer Betätigung. Vor der Hinrichtung wurden beide unter Bedeckung britischer Truppen im Karren durch die Straßen gefahren. Rao Jenschan, der in New York studiert hatte, war eine zeitlang Professor an der Peking Nationaluniversität gewesen.

Verhaftungen in Bolivien

M. London, 17. Jan. (Tel.) „Times“ meldet aus La Paz (Bolivien) vom 16. Jan.: Verschiedene hervorragende Bürger und Abgeordnete wurden gestern Abend unter dem Verdacht revolutionärer Umtriebe verhaftet. In La Paz sind Truppenzusammenschüßungen im Gange.

Zur Rede Imbusch

Das Hauptorgan der badiſchen Zentrumspartei, der „Badische Beobachter“, befaßt ſich mit den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten und Vorstandes des Gewerkschaftsartikels Chriſtlicher Bergarbeiter, Imbusch, die dieſer in einer Zentrumsverſammlung in Oberhauſen gemacht hat und bei denen Imbusch heftige Angriffe gegen den Reichstanzler als Parteiführer richtete. Zu den Ausführungen Imbuschs und zu dem im Anſchluß daran mit allen gegen drei Stimmen angenommenen Entſcheidungen ſchreibt der „Badische Beobachter“ u. a.: „Herr Imbusch dürfte beſonders im Süden mit derartigen Condertouren, für die uns jegliches Verſtändnis abgeht, ſo ziemlich allein bleiben und zwar hauptſächlich deshalb, weil ſie einen ganz neuen Geiſt offenbaren, der bisher im Zentrum nicht ſittlich war.“ Auf die Einzelheiten der Imbusch'schen Rede eingehend erklärt der „Badische Beobachter“ zu der Bemerkung, dem Arbeiter ſei im Zentrum der ihm gebührende Einfluß, ein Mitglied in das Personalverzeichnis der Zentrumsfraktionen ſei jedem, daß eine ganze Anzahl von Gewerkschaftsbeamten Mandate inne hat und dieſe in tatkräftiger Weiſe verwaltet. Was den Seitenhieb auf die ſtellvertretenden Akademiker und Beamten betreffe, ſo dürfte es auch Herrn Imbusch nicht unbekannt ſein, daß gerade in den letzten Jahren auch Gewerkschaftsbeamte in leitende Stellen einrückten und damit der vielgeläſterten Oberbeamtenſchaft inkorporiert wurden. Es gehe keineswegs an, etwas zu ſchmähen, was man unter Umſtänden auch für ſeine Perſon annehme und beanspruche. In ſeinen weiteren Darlegungen weiſt der „Badische Beobachter“ darauf hin, daß die deutſchen Miniſtergeſchlechter in keiner Weiſe an die Direktorengeſchlechter und Lantienmen der Induſtrie heranreichen und ſagt ſchließlich, es ſei ein Verdienſt von Dr. Marx, daß die Verantwortung der Deutſchnationalen in der Regierung ihre Wirkungen bereits zeitige.

Die Berliner „Germania“ nimmt gleichfalls ausführlich zu der Rede Imbusch's Stellung und ſchreibt:

„Die Rede des Abg. Imbusch hat die Auseinanderſetzungen, die wir jetzt leider als ein Nachspiel der parlamentariſchen Vorgänge erleben müſſen, nicht unwesentlich verſchärft. Sie hat die Geſichtspunkte ſtark ins perſönliche zugespitzt. Siehen wir auch der Erregung des chriſtlichen Bergarbeiterführers mit Verſtändnis gegenüber, Ton und Form der gegen Marx erhobenen Angriffe ſieheien weit über das Ziel hinaus und können in keinem Falle gebilligt werden. Es finden ſich viele Werttreibungen, Verallgemeinerungen und Schiefheiten in der Imbusch'schen Rede, die ſich vor allem auf die Zuſammenſetzung der Fraktion beziehen, aber man würde es ſich zu leicht machen, wollte man mit dieſer Kritik der Rede Imbusch aus dem Weg gehen. Mit wachsender Beſorgnis muß doch zu dieſer Sache feſtgeſtellt werden, daß ſich Parteileitung und Zentrumsarbeiterschaft voneinander entfernen. Es iſt wünschenswert, daß den Gründen aufrichtig und ehrlich von allen Seiten nachgegangen wird. Ganz unbetritten iſt, daß aus der phyſiologiſchen und ſozialen Lage der Arbeiterschaft, in der ſie ſich nach den ſchweren Jahren ſchwerer Nothzeit immer noch befindet, eine ganze Reihe von Forderungen ihre innere Berechtigung erhalten. Klug, weiſe und nötig dünkt uns, daß dieſe Forderungen nicht nur gehört werden, ſondern daß man ihnen wirklich ernſtlich Rechnung trägt. Eins iſt unbedingt erforderlich: Die Verſtellung, die aus dem unglücklichen Nachspiel der parlamentariſchen Verhandlungen jetzt entſtanden iſt, muß geſtört werden. Dem Reichstanzler hat es durchaus ferngelegen, zum Anlaß einer ſolchen Auseinanderſetzung zu werden, und wenn wir alle nur den Willen haben, dem Charakter der Partei entſprechend, wahrhaft dem Ausgleich zu dienen, dann ſei es unſere Aufgabe, uns nicht auseinander, ſondern zueinander zu führen.“

Zum Rücktritt Gehlers

Die Wiener „Neue Freie Preſſe“ bringt ein Interview, das der Berichtſtatter des Blattes mit „einem Freunde“ des Reichswehrminiſters gehabt hat. Zu Beginn des Interviews wird dargelegt, daß Dr. Gehler ſchon im Juni 1927 habe gehen wollen, auf dringendes Bitten des Reichstanzlers noch geblieben ſei, aber gleich angekündigt habe, daß es ſich nur um einen Aufſchub von ein paar Monaten handeln könne. Jetzt könne er körperlich und ſeeliſch einfach nicht mehr weiter. Es wird dabei an die ſchweren Schickſalsſchläge erinnert, die den Miniſter betroffen haben. Der Miniſter werde nach ſeinem Rücktritt zunächſt eine Reiſe durch ſeine bayeriſche Heimat antreten und dann einen längeren Erholungsurlaub nehmen, wahrſcheinlich in der Nähe von Innsbruck, nehmen. Vielleicht werde er die Muße benutzen, ſeine Lebenserinnerungen aufzuzeichnen. Er halte es für ſeine Pflicht, eine wahrheitsgemäße Darſtellung der Ereignisse, an denen er beteiligt war, zu hinterlaſſen.

Ein Hauptgrund für die Demiſſion ſei die Phöbusaffäre geweſen, die den Miniſter ſchwer getroffen habe. Hinter dem Rücken des Miniſters und ſeiner anderen Vorgeſetzten habe Kapitän Lohmann ſich in die Geſchäfte mit der Phöbus-Film eingelaſſen und dafür nicht nur die ihm zur Verfügung ſtehenden Fonds verausgabt, ſondern auch namens des Miniſteriums Mißgriffen für Millionenbeträge übernommen. Dieſe Millionen ſeien verloren und das Reichswehrminiſterium werde genötigt ſein, in einem Nachtragsetat vom Reichstag die Bewilligung für dieſen Millionenbetrag zu erlangen. Was den Kapitän Lohmann bezogen habe, ſei völlig unklar. Unlautere Motive hätten keinesfalls mitgeſpielt. Lohmann habe nicht den geringſten Nutzen aus den Geſchäften gezogen. Der Miniſter glaube, daß ſein Rücktritt die parlamentariſche Erledigung der fatalen Angelegenheit erleichtern werde; denn ſein Nachfolger könne ſagen, was er ſelbſt nicht hätte ſagen können, nämlich, daß der Miniſter ungenügend und unrichtig informiert worden iſt.

Aber die Nachfolge ſagt Gehler's Freund, daß Gehler ſelbſt der Anſicht ſei, das valante Miniſterium müſſe definitiv beſetzt werden. In General Groener erblickt er eine Perſönlichkeit, die nicht nur als ausgezeichnete Fachmann alle für die Leitung des Wehrminiſteriums erforderlichen Eigenſchaften beſitzt, ſondern auch wahrſcheinlich der Linken mehr Vertrauen einflößen würde, als mancher Politiker, der als Gehler's Nachfolger ins Auge gefaßt worden ſei.

Penſionsanprüche von Eisner's Witwe. Die Witwe Eisner's hat beim Münchener Landgericht eine Rente eingeklagt, die ihr angeblich der bayeriſche Staat ſchuldet. Sie verlangt Nachzahlung von 24 000 M für die Jahre 1924 bis 1927 und für alle Zukunft eine vierteljährlich vorauszahlbare Rente von 6000 M. Die Klage ſtützt ſich darauf, daß an Eisner die Amtsgeschäfte der früheren bayeriſchen Regierung übergeben wurden, und König Ludwig III. nach der Revolution die Beamten vom Treueid entbanden habe.

Die kleine Entente und der Zwischenfall von Szeged-Gottard. In Genfer diplomatiſchen Kreiſen wird angenommen, daß die Staaten der kleinen Entente ein gemeinſames Erſuchen an den Völkerverbund richten werden, die im Jahre 1926 vom Völkerverbund aufgeſtellten Regeln betr. Ausübung des Kontrollrechts Ungarn gegenüber zur Anwendung zu bringen. Es handelt ſich um den bekannten Zwischenfall von Szeged-Gottard, wo in einem Güterzuge Teile von Maſchinengewehren entdeckt wurden.

Die Länderkonferenz

Die Referate vom Montag

Der erſte Tag der in der Reichstanzlei zu Berlin abgehaltenen Länderkonferenz brachte nach einer einleitenden Rede des Reichstanzlers Referate und Korreferate zu dem Thema „Reich und Länder“. Der heutige Dienſtag iſt für die Diſkuſſion beſtimmt. Zuerſt ſprach am Montag der Hamburger Bürgermeiſter Petersen und dann der württembergiſche Staatspräſident Bazille. Nach einer Mittagspause wurden die Korreferate des bayeriſchen Miniſterpräſidenten Feld und des preußiſchen Miniſterpräſidenten Braun entgegengenommen. Nach Beendigung der beiden Referate wurde die Sitzung gegen 7 Uhr geſchloſſen.

Reichstanzler Dr. Marx

erinnerte in ſeiner Begrüßungsrede zuerſt an die Bedeutung des Kongreßſaales der Reichstanzlei, der vor 50 Jahren den Berliner Kongreß und vor 10 Jahren eine Sitzung der deutſchen Freiſtaten zur Fortſetzung der Verfaſſungsverhandlungen geſehen habe und führt ſodann u. a. aus:

„Ich möchte von meinem Standpunkte aus einige grundsätzliche Gedanken hier zum Ausdruck bringen. Einmal möchte ich aus voller Überzeugung noch den Gedanken wiederholen, den ich in München bei meinem letzten Beſuch im Bayeriſchen Landtage ausgeſprochen und den ich dann am folgenden Tage in der großen Verſammlung der Breſſe wiederholt habe, es iſt der Gedanke, daß die Veränderungen, die — ob wir wollen oder nicht — nach der Entwicklung der Dinge notwendigerweiſe in der inneren Geſtaltung unſeres Reiches vorzunehmen ſind, alle auf dem Wege loyaler Verſöhnung und frieblicher Zusammenarbeit allein zu regeln ſind.“

Neben den Ländern, die abſolut lebensfähig ſind, gibt es andere, von denen wir ganz offen zugeſehen müſſen, daß ſie eben im Laufe der Dinge doch in eine Lage gekommen ſind, die es ihnen wünschenswert erſcheinen läßt, andere Wege einzuschlagen, die weitere Entwicklung ihrer inneren Geſtaltung günſtig zu beeinflussen. Hier ſind wir einig, daß auf dem Wege der Verwaltungsreform vorgegangen werden muß, daß Wege überlegt werden und, wenn ſie als richtig erkannt ſind, dann auch ſchleunigſt gehen werden müſſen, die geeignet ſind, die beſtehenden Mißstände, verſchiedene Abweichungen in der ganzen Verwaltung zu beſeitigen und beſſere Einrichtungen an ihre Stelle treten zu laſſen.

„Ich will nur darauf hinweiſen, daß es höchſte Zeit iſt, daß die über Erſtaunen zahlreichen Erſtaunen und Entſetzen in den verſchiedenen Ländern doch endlich beſeitigt werden müſſen, daß eben manches auf dem Wege der Verwaltung billiger geſtaltet iſt und daß manche Koſten erſpart werden können, wenn die Verwaltungen einfacher und ſachgemäßer eingerichtet werden. Die Reichsregierung hat in den letzten Wochen zahlreiche Beratungen darüber angeſtellt, wie dieſe Zukunftsarbeit möglichſt fruchtbar, möglichſt ſegensreich zu geſtaltet ſei. Wir hoffen, daß praktiſche Reſultate aus unſeren Beſprechungen herauskommen, die für die ganze Zukunft unſeres Vaterlandes von Bedeutung ſind. Jedenfalls wird — und das hoffe ich zuverſichtlich — unſere Beſprechung dazu führen, daß wir uns immer und immer wieder in dem Gedanken zuſammenfinden, daß das Notwendigſte für unſere Nation und für unſer Volk die Einheit des Reiches und die möglichſt einheitliche Zuſammenfaſſung aller Kräfte der Nation iſt und darſtellt. Dieſem Geſamt- und allgemeinen Ziele ſollen unſere Beſprechungen in erſter Linie dienen.“

Das zweiſtündige

Referat des Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen

auf der Länderkonferenz giſſelte in dem Vorſchlag, einen Sachverständigenauſchuß einzurufen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgeſtaltung des Reiches durcharbeiten, eigene Vorſchläge machen und ſie der weiteren Beſchlußfaſſung der zukünftigen Stellen zur Verfügung ſtellen ſoll.

Dieſer Auſchuß ſoll zuſammengeſetzt ſein aus Poſitivern, Verwaltungspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wiſſenſchaft einschließlich der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorſitz ſoll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen.

Die jetzige Länderkonferenz ſoll nach der Auffaſſung Petersen's die Fragen formulieren, die dem Auſchuß vorzulegen wären und ſeine Arbeitsgebiete genau abtrennen. Im Verlaufe ſeiner Rede ſprach Petersen die einzelnen Vorſchläge zur Reform des Reiches durch. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß über die Einzelheiten der Umgeſtaltung keine Abereinſtimmung beſteht, daß aber alle Vorſchläge ſich in folgenden grundsätzlichen Punkten einigten:

1. Durchführung des demokratiſchen Prinzips der Reichsverfaſſung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches.

2. Stärkung der Reichsgewalt.

3. Vereinhaltung der politiſchen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermeidung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches.

4. Aufbau lebendiger unterer und mittlerer Selbſtverwaltungsbezirke und Verſtärkung des Inſtanzenweges zur Zentralregierung.

5. Neugliederung des Reiches in Gebiete, die kulturell und wiſſenſchaftspolitisch lebensfähig ſind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Dieſer Wege ſei aber augenblicklich ungangbar wegen der Reparationsſchuld. Wenn aber eine Beſeitigung der jetzigen Fehler durch den Ausbau der föderaliſtiſchen Verfaſſungselemente nicht denkbar ſei, ſo müſſe man die Möglichkeiten des Einheitsstaates prüfen.

Dr. Petersen ging dann die Einzelheiten der vorliegenden Vorſchläge durch, und dabei beſprach er inbeſondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtage und eigenem Landespräſidenten. Er erklärte, daß ihm dieſer Vorſchlag ganz unmöglich erſcheine, weil ſeine Vorausſetzung die Zerbröckelung Preußens wäre. Preußen müſſe aber erhalten bleiben, bis es im Reich aufgehen könne. Der umgekehrte Weg ſei verhängnisvoll.

Sodann sprach

der württembergische Staatspräsident Bazille

über das Thema Reich und Länder und betonte nach einer eingehenden Beſprechung der fundamentalen Grundſätze der Verfaſſung Bismarck's, daß die Bismarck'sche Verfaſſung ein System von Gewichten und Gegengewichten bilde, in dem jedes Gewicht mit ſeiner vollen Kraft wirken konnte, um die Wiſſenſchaft des anderen zu vernichten. Unter den Folgen, die das Verlaſſen der Bismarck'schen Grundſätze herbeiführte, unterſchied Bazille beſonders die auf dem Gebiete des Finanzweſens, wo ſich geradezu groteske Zuſtände entwickelt hätten. Der Redner betonte weiter die Vorteile und Nachteile des unitariſchen und föderatiſchen Systems und kam auf das Problem zu ſprechen, die unitariſche Bewegung auf das richtige Maß und die richtigen Mittel zurückzuführen.

„Gegenwärtig wie die Reichszuſtändigkeit in Geſetzgebung und Verwaltung nicht in die Grenzen des Jahres 1914 zurück-

geführt werden ſolle, ſei aber auf der anderen Seite auch über die Grenze des Notwendigen und Zweckmäßigen hinausgegangen. Die Überſchreitung der notwendigen Schranken durch das Reich ſei allein daran ſchuld, daß Doppelarbeit, und Verläſſe in der Verwaltung, Reibungen und Gegenſätze zwischen Reich und Ländern entſtanden ſeien. Die württembergiſche Regierung behalte ſich vor, eine beſondere Denkschrift über dieſen Teil des Problems der Reichsregierung und dem Reichsrat vorzulegen. Der Reichsrat müſſe wieder eine ähnliche Stellung bekommen wie der Bundesrat der Bismarck'schen Verfaſſung. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen laſſe ſich nur ſchwer beſeitigen. Dieſe ſei nur möglich dadurch, daß der Reichspräſident gleichzeitig preußiſcher Staatspräſident und der Reichstanzler gleichzeitig preußiſcher Miniſterpräſident ſei. Ohne Beſeitigung des rein parlamentariſchen Systems laſſe ſich aber dieſe organiſche Verbindung nicht herſtellen.“

Der notwendige Finanzfrieden zwischen dem Reich und den Ländern ſei nur auf folgendem Wege wiederherſtellbar. Zunächst müſſen die Ansprüche der Länder auf Abfindung für die von ihnen abgetretenen Bahnen, Poſt, Steuern und Zollgebäude befriedigt werden. Nichts ſei auch verkehrter, als den Ländern ihre bisherigen Steuerquellen zu nehmen und ſie dem Reich zuzuführen. Aberhaupt ſei eine wirkſame Abhilfe nur dadurch möglich, daß den Ländern die Finanzhoheit über die wichtigſten direkten Steuern zurückgegeben werde.

Wenn einzelne deutſche Staaten bei richtiger Verteilung der Zuſtändigkeit von Reich und Ländern ſowie der Laſten und Einnahmen ſich als nicht mehr lebensfähig erweiſen ſollten, ſo ſollten ſie nicht künstlich am Leben erhalten werden. Wo Entſetzen und Erſtaunen die Verwaltung hören, werde es nicht ſchwierig ſein, ſie durch Vereinbarungen zu beſeitigen. Zum Schluſſe betonte der Redner, die Lage Deutſchlands ſei ſo, daß nur ſchnelle und gründliche Reformen es vor dem Wege in eine abſchüſſige Entwicklung bewahren könnten. Dabei müſſe man auch der beſonderen Eigenart der ſüddeutſchen Staaten mehr entgegenkommen.

In der Nachmittagsſitzung erſtattete

der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld

das erſte Korreferat über das Thema „Reich und Länder“. Er betonte, daß er mit dem erſten Referenten des Tages durchaus einig ſei in der Auffaſſung über den Kompromiſſcharakter der Weimarer Verfaſſung zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat und ferner darin, daß man die Entſcheidung darüber, wie die Weimarer Verfaſſung umzuſtellen ſei, nicht mehr lange hinausſchieben dürfe. In dem Ziele dieſer Umgeſtaltung ſtehe er jedoch auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie der erſte Referent. Man führt für den Einheitsstaat vor allem ins Feld, daß damit das Gegeneinander, Nebeneinander und Durcheinander beſeitigt wird, woran die Weimarer Verfaſſung ſchuld ſein ſoll. Der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Gegeneinander in Deutſchland liegt aber in der geiſtigen und ſozialen Zerriſſenheit des deutſchen Volkes. Dieſe Zerriſſenheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, ſondern vermehrt.

Die Forderung des Einheitsstaates wird gewöhnlich mit dem Hinweis auf die Geſchichte der Landesminiſter und die Ausgaben der Landesparlamente begründet. Dabei wird verſchwiegen, daß bei Beſeitigung dieſer Landesentrichtungen ſofort neue Organe und Behörden notwendig würden, deren Koſten nicht weſentlich geringer wären. Für den Einheitsstaat wird auch ins Feld geführt, daß die notwendige Verwaltungsreform nur im Einheitsstaat rationell durchgeführt werden könne. Dabei wird überſehen, daß die Vereinfachung der Verwaltung nur unter Verſchärfung der individuellen Bedürfniſſe der einzelnen Landesteile, nicht aber nach einem einheitlichen Schema für das ganze Reichsgebiet durchgeführt werden kann. Wirkliche Erſparniſſe könnten hier nur erzielt werden, durch einen Abbau der Staatsaufgaben.

Die notwendige Verbilligung iſt im Bundesstaat in gleicher Weiſe und ſogar noch zweckmäßiger durchführbar als im Einheitsstaat. Wo der Wille zur Erhaltung der Eigenartlichkeit in einem Lande vorhanden iſt, muß dabei auf ihn Rückſicht genommen werden. Dieſer Grundſatz muß inbeſondere auch bei der Beſeitigung kleinerer Länder unbedingt gewahrt werden. Ohne Verfaſſungsänderung würde ſich für die Lösung dieſer Teilprobleme nur der Wächſel von Verwaltungsgemeinſchaften unter den Ländern ermöglichen laſſen. Dagegen wäre unter der Vorausſetzung, daß das Reich nicht ſelbſt die Verwaltungsgemeinſchaft mit einem Lande abſchließt, ſchwerlich etwas einzunehmen.

Der Kernpunkt des innerdeutſchen Problems iſt das Problem Reich und Preußen. Der Redner legte dann die verſchiedenen Vorſchläge zur Lösung dieſes Problems dar und betonte, bei einer Lösung des Problems, wie ſie auch ſein möge, müſſen die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben: Verfaſſungsautonomie der Länder und ihre Sicherung, Gebietsautonomie der Länder, Einſchränkung der Geſetzgebungsrechte des Reiches, Sicherſtellung der Länderverwaltung gegenüber der Reichsverwaltung, Wiederherſtellung der größeren finanziellen Selbſtändigkeit der Länder durch eine Aufhebung der Steuerquellen und Rückübertragung der Steuerverwaltung für die eigenen Steuerquellen, ein Finanzausgleich, der die Erhaltung der Länderſelbſtändigkeit ermöglicht, Ausbau des Reichsrates als Geſetzgebungsorgan und verfaſſungsmäßige Sicherung aller dieſer Rechte der Länder.

Für eine durchgreifende Reviſion der Verfaſſung in dem angedeuteten liberaliſtiſchen Sinn iſt aber nach vielfach vertretener Auffaſſung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin tiefe ſich ein gewiſſes Mindestprogramm zur Verbesserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zuſtände durchführen und zwar auch ohne Verfaſſungsänderung. Hier käme vor allem in Betracht: 1. Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trägt, 2. ein Ausbau größerer Zuſtändigkeiten zugunſten der Länder auf der Grundlage der Auguſtvereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wiſſenſchaftlichen Forderungen der Länder in Bezug auf das Beſchäftigungswesen für Heer- und Verſehrwesen könnte ohne weiteres vom Reich aus Rechnung getragen werden.

Die geradezu unerträgliche Zentraliſierung des Geld- und Kreditweſens in Berlin müſſe im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beſeitigt werden. Die Zentraliſierung auf kulturellem Gebiete würde eine Verödung der jetzt beſtehenden deutſchen Kulturzentren bedeuten, deren Mannigfaltigkeit für die Erhaltung des hochſtehenden deutſchen Geiſtes- und Kulturlebens von grundlegender Bedeutung iſt. Der geſunde Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im deutſchen Reich iſt nicht möglich, wenn die einzelnen Landesteile im Einheitsstaate von einer Zentrale abhängig werden, die ihnen den Lebensunterhalt beſtimmen und deren letzten Entſcheidungen und Weisungen ſie zu folgen hätten.

Die Vorſchläge, die ich gemacht habe, liegen nicht weniger im Intereſſe des Reiches und ſeiner Zukunft, als im Intereſſe der Länder. Gerade wer die Einheit des Reiches als das höchste Gut des deutſchen Staatsbürgers anſieht, muß das Einheitsreich mit ſeinen nivellierenden und zerſtörenden Einflüſſen abweiſen. Wir ſind aber gerne bereit, trotz dieſer Ablehnung mit dem Reich in Hand zu gehen, um Schwierigkeiten und Gefahren für das Reich und im Intereſſe zum Reich zu beſeitigen.

Strefemann für Rheinlanddrängung

Die Londoner Zeitschrift „Sunday Chronicle“ veröffentlicht einen Artikel Dr. Strefemanns, worin es u. a. heißt: Niemand im heutigen Deutschland kämpft für die Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge. Die Irrtümer und Schwächen dieser alten Ordnung liegen offen zutage. Was aber große Teile des Volkes im neuen Deutschland verlangen, ist, daß das, was groß und ehrwürdig im alten Deutschland war, Achtung genieße. Weiter heißt es in dem Aufsatz:

Für mich bedeutet Locarno einen Zustand dauernden Friedens am Rhein, der begründet ist auf der feierlichen Verpflichtung der beiden großen benachbarten Nationen, auf den Gebrauch von Gewalt zu verzichten, eine Verpflichtung, die von anderen Nationen verbürgt wird durch das Versprechen, derjenigen von beiden Nationen, die trotzdem Opfer einer Gewalttat werden sollte, mit den Waffen zu Hilfe zu kommen. Dieser Gottesfriede, der für ein Gebiet geschlossen wurde, das während Jahrhunderten von Kriegen verwüßt wurde, kann und sollte zum Grundstein der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Mächten beim Werk der Förderung des Friedens werden. Aber eines muß gesagt werden: Die Vorkämpfer dieses Ideals werden schließlich nicht siegreich sein, wenn Jahr für Jahr fremde Bajonette auf dem Boden des Landes verbleiben, das, trotzdem es unterlegen ist, jeden Gedanken an Rache preisgegeben hat und sich dem Werke des Friedens widmet.

Eröffnung des panamerikanischen Kongresses

In Havanna wurde der panamerikanische Kongress eröffnet. Die Autofahrt des Präsidenten Coolidge mit Präsident Machado vom Palast zum Nationaltheater zur Eröffnung des Kongresses glich einer Triumpfsahrt. An der Feierlichkeit nahmen über 5000 Personen, darunter das diplomatische Korps und die Mitglieder der kubanischen Gesellschaft, teil. Präsident Coolidge führte in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus:

In dem Geist Christoph Columbus besitzen alle amerikanischen Staaten ein ewiges Band der Einheit. Eine friedliche, von einem guten Willen geleitete Haltung, herrscht unter den Völkern. Die Enschlossenheit, Streitigkeiten unter uns nicht durch Gewalt, sondern durch die allgemeinen Grundsätze von Gerechtigkeit und Billigkeit zu entscheiden, ist eine unserer hervorsteckendsten Eigenschaften. Die Souveränität kleiner Völker wird gewahrt. Um diesen Grundsätzen eine größere Sicherheit zu geben, ist diese Konferenz einberufen worden. Unser heiligster Glaube war und ist die Aufrichtung und die Ausbreitung des Geistes der Demokratie. Neben dem Prinzip der Selbstregierung steht für uns die Friedenspolitik. Als die Republik der westlichen Halbkugel ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, waren sie auch dazu gezwungen, dafür zu kämpfen. Soweit aber ihre Rechte gesichert waren, waren sie besorgt, auf die Rechte der anderen zu achten. Die von unseren Staaten 150 Jahre lang unternommenen Kriege galten fast vollständig dem Zweck, die Unabhängigkeit zu sichern und die Herrschaft der menschlichen Freiheit zu erweitern. In dem großen Werke, die amerikanische Verbündigung zu fördern, liegt der Presse aller Länder eine große Verantwortung ob. Ein weiterer Austausch des Nachrichtenverkehrs würde vielfach dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen und Können zu fördern. Die Beilegung internationaler Streitigkeiten auf dem amerikanischen Kontinent ist glücklicherweise schon soweit fortgeschritten, daß nur noch wenige Fragen ungelöst bleiben. Die Bedeutung dieser Konferenz liegt darin, alle Völker ständiger und endgültiger unter die Herrschaft des Rechts zu bringen.

Die Todesstrafe. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist bei den deutsch-österreichischen Strafrechtsverhandlungen die Frage, ob bezüglich der Todesstrafe eine einseitige Stellungnahme zu erzielen sei, bereits bei der früheren Zusammenkunft in Wien zurückerledigt worden. Man ging davon aus, daß man sich über diese Frage zweckmäßig erst unterhalten werde, wenn man das Gesamtresultat der beiderseitigen Ausschussberatungen vor sich habe. Hierbei hat man es bei den deutsch-österreichischen Verhandlungen, die jetzt in Berlin stattgefunden haben, belassen.

Große Veruntreuungen in Danzig. Bei der Kasse des Oberzolles Danzig sind in den letzten Tagen große Veruntreuungen festgestellt worden, die allem Anschein nach bis in das Jahr 1924 zurückreichen. Ein Oberzollsekretär hat in Gemeinschaft mit zwei Kaufleuten jahrelang Zollunterschiede, nachdem diese bereits die Zollkasse passiert hatten, wieder in den Verkehr gebracht. Es dürfte sich um mehrere hunderttausend Zloty handeln. Drei Personen sind bereits verhaftet und zwar Oberzollsekretär Julius Obermeit aus Oliva, dessen Schwager Paul W. sowie der Teilhaber des W. der Kaufmann Palisch aus Langfuhr. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Kurze Nachrichten

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin hat an die Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Georges Blun den Berliner Vertreter der „Associated Press“ angehörigen Herrn Lohner zum Vorsitzenden gewählt.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen. Mehrere Berliner Blätter melden, daß die deutsch-italienischen Verhandlungen aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe dieses Monats in Berlin beginnen werden. Man rechnet nach wie vor damit, daß Waldemaras persönlich nach Berlin kommen werde.

Tagung des I. O. B. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat Montag vormittag im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Anwesend waren Jounhaug, Frankreich, V. Mertens, Belgien, Maden, Dänemark, H. Tayerle, Tschechoslowakei und Th. Leipart. Das Sekretariat in Amsterdam vertritt Essensbach.

Peterien Kandidat für Hamburg. Am Sonntag hat der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburgs endgültig beschlossen, Bürgermeister Dr. Karl Peterien an die Spitze seines Wahlvorschlages für die neuen Bürgerstimmwahlen zu stellen.

Österreichische Autonomisten in der Schweiz. Wie erinnertlich, hat die französische Polizei gegen eine Reihe von Führern der österreichischen Autonomisten Haftbefehle erlassen. Einer der bekanntesten Führer namens Dr. Ross befand sich, während nach ihm im Gefäß gefahndet wurde, in Paris, wandte sich von dort nach Velfort und weilte zur Zeit in Basel. Ein weiterer Führer, Maxer Ditzel, hält sich gegenwärtig im Kanton Graubünden zur Erholung auf.

Aufständische Strömung im Sudan. Aus London wird gemeldet, daß unter den wilden Stämmen des Sudan sich eine gewaltige aufständische Strömung geltend mache. Es seien Maßnahmen zur Züchtigung der Anführer getroffen worden. Das War Office habe beschlossen, ein Bataillon von Bombay nach dem Sudan abzulandmandieren.

Badischer Teil

Neue Prüfungsordnung für das künstlerische Lehramt an Höheren Lehranstalten und an Fachschulen

Das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hat soeben eine neue Ordnung der Prüfung, die die staatliche Anstellung für das künstlerische Lehramt im Zeichen und in der Musik an Höheren Lehranstalten und an Fachschulen bedingt, veröffentlicht.

Für die Zulassung zur Prüfung, die in der Regel jährlich einmal abgehalten wird, ist erforderlich, daß der Bewerber im Besitz eines Reifezeugnisses einer Höheren Schule ist, das zum Hochschulstudium in Baden berechtigt, darauf mindestens acht Halbjahre seinem Berufsstudium ordnungsgemäß obgelegen hat, während dieser Zeit Vorlesungen über Pädagogik und während der Halbjahre jeweils ein mindestens zweistündiges Vorlesung oder Übungen aus dem Gebiet der deutschen Sprache und Literatur oder der Geschichte oder der beschreibenden Naturwissenschaften mit Erfolg besucht hat. Das Studium für das Lehramt im Zeichen erfolgt auf der Landesmusikschule in Karlsruhe, das Studium für das Lehramt in der Musik in den ersten zwei Jahren am Badischen Konservatorium in Karlsruhe oder an einer anderen vom Ministerium zugelassenen Anstalt und in den weiteren zwei Jahren an einer Universtität.

Die Prüfung findet schriftlich, praktisch und mündlich statt. Prüfungsfächer für die Prüfung für das künstlerische Lehramt im Zeichen sind: Pädagogik, ein selbstgewähltes künstlerisches Sonderfach, figürliches Zeichnen, landschaftliches Zeichnen, Aquarellieren eines Stilllebens, Entwerfen eines Ornaments, Modellieren (Wahlfach), darstellende Geometrie, Schattensonstruktionen, Perspektive, Methodik, architektonische und ornamentale Stilllebre, angewandte Ästhetik, Kunstgeschichte und Anatomie für Künstler. In der Prüfung für das künstlerische Lehramt in Musik sind Prüfungsfächer: Pädagogik, Sprachtechnik und Gesang, im selbstgewählten Instrumental-Sonderfach (Klavier, Orgel, Geige oder Violoncello) Spiel vom Blatt, Partiturspiel und Transponieren, Generalbassspiel, Modulation und Improvisation, Musikgeschichte, Musiktheorie, Musikpädagogik und Methodik, Philosophie (Wahlfach). An die Prüfung schließt sich ein anderthalbjähriger Vorbereitungsdienst, über den das Ministerium nähere Anordnungen treffen wird, an. Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann sie in den folgenden zwei Jahren einmal wiederholt werden. Die bestandene Prüfung verleiht kein Anrecht auf Verwendung im Staatsdienst. Auch können Ansprüche der nach der neuen Prüfungsordnung geprüften Lehrer hinsichtlich ihrer Besoldung oder Vergütung aus dieser Verordnung nicht hergeleitet werden.

Badische Gebäudeversicherungsanstalt

Der erweiterte Verwaltungsrat der Bad. Gebäudeversicherungsanstalt hielt dieser Tage in Karlsruhe seine alljährliche Sitzung ab. Nach dem Geschäftsbericht ist das Vermögen der Anstalt fast restlos der badischen Wirtschaft zugeführt worden. Während der Versicherungszeit vor 25 Jahren 2,8 Milliarden Reichsmark betrug, ist er jetzt auf 6,4 Milliarden angewachsen. Für Brandschäden mußten im Jahre 1925 rund 8 1/2 Millionen, 1926 6 1/2 Millionen und 1927 4 1/2 Millionen Reichsmark aufgewendet werden. Der Steuerfuß ist gesenkt worden und zwar kommen für das abgelaufene Jahr nur noch 14 Reichspfennig für 100 Reichsmark zur Erhebung. Dem Präsidenten der Anstalt, Ministerialdirektor Arnold wurde der Dank für seine umsichtige Geschäftsführung ausgesprochen. Die Badische Gebäudeversicherungsanstalt kann am 28. Sept. auf ihr 170jähr. Bestehen zurückblicken.

Die Schwanland-Bahn gesichert?

D3. Freiburg (Brsg.), 17. Jan. (Tel.) In einer Sitzung des Verbandes der Lokalvereine der Stadt Freiburg teilte der Vorsitzende für die Erbauung der Bergbahn auf den Schwanland, Architekt Mühlbach, mit, daß die bestehenden Schwierigkeiten nunmehr behoben und der Bau gesichert sei. Die Finanzierung sei gleichfalls geregelt. Die Stadt würde das mit nicht belastet werden. Lediglich eine Anleihe im Betrage von 120 000 M. sollen durch Ausgabe von Aktien an die Bürgererschaft aufgebracht werden. Verkehrsminister Dufner sprach über Freiburger Verkehrspläne und betonte, daß vor allen Dingen die Ebstalbahn ausgebaut werden müsse, ein Projekt, das befallend die Reichsbahnverwaltung aus finanziellen Gründen vorläufig noch zurückgestellt hat. Bei der Besprechung der Theaterfrage äußerte man sich in der Aussprache dahingehend, daß man den Theaterbetrieb einem Privatmann anvertrauen solle.

Die Bodenregulierung

Die seitens der Schweiz mit den Bodensee-Länderstaaten abgebrochenen Verhandlungen über die finanzielle Beteiligung an der Bodenregulierung, die bis jetzt auch nicht wieder aufgenommen wurden, haben ihre Ursache darin, daß der Kanton Schaffhausen seine Einwände gegen die Bodenregulierung noch nicht zurückgezogen hat. Die Verhandlungen der schweizerischen Kantone, die an der Regulierung interessiert sind, mit der Regulierung in Bern konnten zwar die Einsprüche Schaffhausens zu einem Teil bereinigen, eine definitive Einigung wurde jedoch noch nicht erzielt.

Frauen und Arbeitsvermittlung

Der Badische Landesausschuß des Reichs deutschen Frauenbundes hielt mit dem mit ihm in Arbeitsgemeinschaft stehenden lath. weiblichen Landesorganisationen dieser Tage in Karlsruhe eine Konferenz über Berufsberatung und Arbeitsvermittlung ab. In einer Entschließung wurde gefordert, daß Frauen weitgehend zur Mitarbeit in der Verwaltung der Arbeitsämter, zu Verwaltungs- und Sachauschüssen herangezogen werden; daß innerhalb der Arbeitsnachweise in erster Linie die Frauenfrage und nicht primär das fachliche Berücksichtigung findet, und zwar so, daß die weibliche Abteilung vor den fachlich gegliederten in Erscheinung trete. Die Ausübung der Vermittlung und Berufsberatung möge möglichst durch Frauen geschehen und in den Landesarbeitsämtern mögen Frauen in leitenden Stellen verwendet werden.

Anlage des Herzogenriedbades in Mannheim. Um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, beschloß der Stadtrat Mannheim, baldigst mit der Ausführung eines Teils des Herzogenriedbades zu beginnen. Die hieraus entstehenden Kosten belaufen sich auf 200 000 M. Der Herzogenriedpark wird in der Nähe der Lungenheilstätte angelegt und von den Bewohnern der Redarstadt freudig begrüßt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele Konzerthaus. „Stolzenfels am Rhein“ betitelt sich ein großangelegtes Filmmittel, das die Bad. Lichtspiele als neue Darbietung im Rahmen ihrer Veranstaltungen bringen. Der Film vergegenwärtigt die bewegten Zeiten 1812-1814. In dem kleinen, romantisch gelegenen Orte Cron Stolzenfels beginnt die spannende Handlung, das besetzte Rheintal will sich von der französischen Herrschaft freimachen, worunter es schwer zu leiden hat. Historische Begebenheiten ergänzen die Handlung. Napoleons Ziele waren weit gesteckt, sogar das große Frankreich sollte sich beugen. Mit seinen Heerschaaren zieht Napoleon in Moskau ein, die Russen jedoch schütteln die Fremdherrschaft ab, nachdem Moskau ein Haub der Flammen geworden ist. Der harte Winter in Rußland bringt Napoleon seine erste Niederlage, und besiegelt sein Schicksal. Unter den wenig heimeligen befinden sich die Helben unseres Films. Es wird gezeigt, in welcher Weise in Rußland und auch im Rheintal für die Rettung des Vaterlandes gewirkt wurde. Ausgezeichnet ist der Aufbau des Films, sowie die Wiedergabe durch die hervorragende Darstellung. Bekannte historische Personen erscheinen im Film. — Abwechslungsreich und interessant ist das Beiprogramm. Die Opernabende bringen neben den neuesten Ereignissen, zwei kleine Filme, Bestrafen, die rote Erde und einen Fischfang an der Adria. Schöne Landschaftsaufnahmen zeichnen diese Bildstreifen besonders aus. Ein anderer Beifilm führt uns in die Umgebung von Berlin nach der Obfgehenden Werber. Fischhoff sind hier die Aufnahmen, die z. B. der Baumbliete gemacht worden sind. In den Obstweinschenken herrscht reges Leben und Treiben, in großen Scharen ziehen die Berliner nach dem schönen Ausflugsort. Das Konzerthaus hatte wieder einen sehr guten Besuch aufzuweisen.

Karlsruher Schwurgericht. Die 26 Jahre alte, bestens beleumdete Ehefrau des Gipfers Karl Baumhart in Winden bei Sinheim (Amt Baden-Baden), Anna Marie geb. Gleich, hatte sich durch ihr eigenartiges Verhalten bei Geburt des dritten Kindes den schweren Verdacht des Mordversuchs zugezogen. Sie wurde aber freigesprochen. Das Schwurgericht kam auf Grund des medizinischen Gutachtens zu der Überzeugung, daß sich die Angeklagte bei Begehung der Tat wohl in einem Zustande befunden hat, der die freie Willensbestimmung ausschloß. — Heute Dienstag soll die entsehlische Bluttat in Kirlach (Amt Bruchsal) am 2. Oktober v. J. ihre gerichtliche Sühne finden. Vor dem Schwurgericht steht ein junger Mensch, der in grundlosem Haß zum Vatermörder wurde. Es ist der am 16. August 1905 in Kirlach geborene Wilhelm Haager Josef Haag. Das Zusammenleben der Eltern war kein besonders gutes. Darum verließ Simon Haag II. im Jahre 1907 seine Familie und tauchte erst 1916 wieder in Kirlach auf, als er sich im Felde eine schwere Verwundung zugezogen hatte, die den rechten Arm lähmte. Haag siedelte im Frühjahr 1926 wieder endgültig nach Kirlach über. Mit der teilweisen Aertenaufbindung in Höhe von 2500 M. half er Frau und Kindern beim Hausbau, in den man im Januar 1927 einzziehen konnte. Es gab zwar auch jetzt wieder Meinungsverschiedenheiten, ohne daß aber der Vater die Bezeichnung eines Kauf- oder Trunkhabdes verdiente, wie es der Sohn Josef im Gegensatz zu allen anderen Juegen hinzustellen versuchte. Am Sonntag, den 2. Oktober, gab es einen gelinden Wortstreit zwischen den Eltern. Der Sohn Josef ging durchs Tor und äußerte: „Gibts keine Ruhe“. Der Vater äußerte: „Rast Dir nicht“. Darauf zog der junge Mann ein feststehendes Messer und schlug blindlings auf den 50jährigen Vater ein, so daß schließlich die Klinge des Messers abbrach. Versuche, ihn zurückzuhalten, wehrte er mit den Worten ab: „Weg, hin muß er sein!“ Den schon zusammengebrochenen Vater traktierte er noch mit Faustschlägen ins Gesicht, um ihm obendrein noch einen Fußtritt auf den Schädel zu versetzen. Simon Haag ist nach kurzer Zeit verstorben. Der unmenschliche Sohn wurde am Tatort verhaftet. Er gab das entsehlische Verbrechen, scheinbar ohne Reue zu empfinden, zu. Durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Wehlar, nach dem Grunde befragt, hüllte er sich in eifriges Schweigen. Zu der heutigen Verhandlung sind zahlreiche Zeugen und zwei Sachverständige geladen, sie dürften den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Rückseite der jetzt über der Nordsee liegenden und langsam zerfallenden Zyklone sind kleinere Schübe Polarluft bis zu den Alpen vorgebrungen. Die Temperaturen sind daher bei uns etwas zurückgegangen, so daß bereits heute Nacht im Gebirge bei leichtem Frost Neuschnee gefallen ist. Die Druckverteilung über Europa beginnt sich umzugruppieren. In Skandinavien sind jetzt die Temperaturen bis auf 28 Grad Kälte gefallen und haben zur Ausbildung eines Hochdruckgebietes geführt, aus dem langsam Kaltluft nach dem Festlande abfließt. Andererseits läßt bei uns die Warmluftzufuhr aus Westen nach. Auf der Südseite der neuen auf dem Ozean folgenden Zyklone ist ebenfalls Kaltluft ziemlich weit nach Osten vorgebrungen. Nur über der Biskana liegt noch ein Rest Warmluft. Wir müssen hiernach in der nächsten Zeit mit dem Eintritt kälterer Witterung rechnen. Voraussichten für Mittwoch, 18. Jan.: Weitere Regenfälle (im Gebirge Schnee) bei zunächst wenig verändernden Temperaturen. Später Abkühlung in Aussicht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Eisennotierungen

	17. Jan.		16. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.10	169.44	169.13	169.47
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.36	112.60
Italien . . . 100 L.	22.185	22.225	22.19	23.00
London . . . 1 Pf.	20.443	20.483	20.452	20.492
Nembort . . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.43	16.59
Schweiz . . . 100 Fr.	80.80	80.96	80.785	80.945
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.43	12.45

Der Güterverkehr über den Bodensee hat seit 1914 eine starke Einbuße erlitten. Während 1913 in der auf dem Schweizer Ufer befindlichen Trajektanstalt Romanshorn 84 766 Eisenbahnwagen ein- und ausgeschifft wurden, waren es 1918, dem verkehrsärmsten Jahr, nur noch 11 502 Wagen. Von 1918 ab ist allerdings wieder eine Verkehrssteigerung festzustellen. 1927 belief sich der Gesamtverkehr wieder auf 40 218 Wagen. Davon entfallen etwa 60 Prozent auf die Route Romanshorn-Lindau und 40 Prozent auf die Route Romanshorn-Friedrichshafen. Die Verkehrsziffern wurden allerdings bis jetzt nicht wieder erreicht.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132/238
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Kurze Nachrichten aus Baden

Id. Heidelberg, 16. Jan. Vorgefien starb hier Frau Vina Eisenlohr, die ein Alter von 96 Jahren erreicht hatte. Sie dürfte sicherlich eine der ältesten, vielleicht auch die älteste Heidelbergerin gewesen sein.

Id. Untergrombach (Amt Bruchsal), 16. Jan. Mehrere Überfälle am Freitagabend auf der belebten Landstraße stellen sich als eine Reihe geplanter und roher Raubüberfälle heraus. Die Täter, zwei in Bruchsal wohnhafte Arbeiter, hatten hier Kartoffel geholt. Natürlich wurde auch Einkehr gehalten. Abends zogen die beiden heimwärts und zwar mit der Absicht, alle Entgegenkommenden auf Geld anzuhalten bzw. es ihnen gewaltsam abzunehmen. Nach unserer Kenntnis sind es fünf Überfälle, die von diesen Strauchrittern verübt wurden. Die Überfallenen hatten jedoch die Polizei unterrichtet und an der Unterföhrung vor Bruchsal wurden die Räuber zunächst von einem der überfallenen mit hilfsbereiten Männer gestellt. Es wäre den Bürgern schlecht ergangen, wenn nicht zugleich auch Bruchsaler Polizeibeamte per Rad gekommen wären, die die Widerstand leistenden Täter festnahmen.

Id. Singheim (Baden-Baden), 17. Jan. Im Städt. Krankenhaus in Baden-Baden ist unser Ehrenbürger, der prakt. Arzt Dr. Josef Fischer, 67 Jahre alt, gestorben. Er hatte 40 Jahre in unserer Gemeinde gewirkt, bis ihn ein schweres Leiden zwang, sich einer Operation zu unterziehen, der er leider erlag.

Id. Freiburg, 16. Jan. Der dienstälteste Beamte der städtischen Sparkasse, Finanzoberschatz Franz Kopp, ist in den Ruhestand getreten. Seit dem 1. November 1888, also fast 40 Jahre lang, war Kopp an der Sparkasse beschäftigt.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Mit den Vorbereitungen der Dame und des Herrn für die Reise nach der cote d'Azur beschäftigt sich die neueste Nummer der „Eleganten Welt“, die soeben erscheint. „Riviera-Moden“, „Mister Traveller reist nach Cannes“, „Schwarz-Weiß“, „Silber und dunkelblau“, „Abendpelze“ usw. sind die Titel der interessanten, reich illustrierten modischen Artikel. Ein kleiner trotz der Kürze erschöpfend instruierender „Auto-Ratgeber“ bietet in Wort und Bild wertvolle Belehrung.

Verschiedenes

Bisher neun Todesopfer der Bülklinger Hochtosenexplosion. W.B. Saarbrücken, 17. Jan. (Tel.) Von den bei der Hochtosenexplosion in Bülklingen schwerverletzten Arbeitern sind inzwischen mehrere ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten auf neun erhöht.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt für das Geschäftsjahr 1927. Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt ist auf Grund der Berechnung des Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt für das Geschäftsjahr 1927 auf 14 Rpf von je 100 M Versicherungssumme festgesetzt worden. Die Umlage ist in zwei Teilbeiträgen zu entrichten, die erste

Rate auf 1. März 1928, die zweite Rate auf 1. Juli 1928. We trägt die Umlage 5 M oder weniger, so ist sie binnen einer Woche in ganzer Summe zu bezahlen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Umlage erfolgt Wereibung. In der festgesetzten Umlage ist die Reichsversicherungssteuer, die von den Versicherten zu tragen ist, imbegriffen. Karlsruhe, den 14. Januar 1928. Der Minister des Innern Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmrieoberwachmeister Johann Helmel in Karlsruhe. Gendarmrieoberwachmeister Rudolf Köhler in Friesenheim. Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Der außerordentliche Professor an der Universität Bonn Dr. Curt Dehne mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an zum planmäßigen außerordentlichen Professor für innere Medizin an der Universität Heidelberg sowie zum Direktor der medizinischen Poliklinik daselbst.

Ausgeschieden gemäß Art. 14 WVB: Die Professorin Frau Dr. Luise Meyer an der Bischofsschule in Mannheim, die Hauptlehrerin Frau Elsa Daber in Greftern, die Fachlehrerin Frau Theresia Erles an der Handelsschule in Raftatt.

Bezirkssparkasse Adelsheim

Öffentliche Verbandssparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
1. Kassenbestand	13 282,16	1. Spareinlagen und Depositionen	544 948,09
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	23 089,10	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	122 899,75
3. Wertpapiere	29 137,75	3. Anlehens- und andere Schulden	135 388,43
4. Wechsel	41 698,10	4. Rücklagen:	
5. Darlehen a. Hypotheken	346 234,12	a) gesetzl. Reservefond	37 904,24
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	335 742,91	b) Sonderrücklage	22 008,16
7. Darlehen auf Schuldschein	105 758,15	c) Aufwertungsstock	232 194,03
8. Darlehen an Gemeinden	26 700,—	5. Reingewinn vom Jahre 1927	17 975,37
9. Einnahmerückstände	9 661,75		
10. Grundstücke u. Gebäude	13 000,—		
11. Gerätschaften	1,—		
12. Aufwertungsdarlehen	169 003,03		
	1 113 318,07		1 113 318,07

Berechnung der Rücklage.

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:
8% aus 667 847,84 RM = 53 427,82 RM
Zu der Rücklage aus dem Jahre 1926 mit 37 904,24 RM werden aus dem Reingewinn 1927 zugezählt 15 523,58 = 53 427,82 RM

Adelsheim, den 14. Januar 1928.

M. 332

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Herrmann, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: Wegerle.

Öffentliche Verbandssparkasse Ladenburg.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Aktiva:		Passiva:	
	RM		RM
Kassenkonto	1 691,72	Bankenkonto	51 588,38
Effektenkonto	44 670,50	Kontokorrent- & Kreditorenkonto	455 714,60
Wechselkonto	48 247,20	Spareinlagenkonto	1 470 285,87
Hypothekenkonto	126 099,10	Spareinlagen-Aufwertungskonto	340 384,11
Darlehenskonto	226 177,99	Reservefonds-Aufwertungskonto	96 901,36
Darlehen an öffentliche Körperschaften	100 000,—	Sonstige Einnahmenkonto	1 278,54
Baudarlehenskonto	27 319,55	Reservefondskonto	68 635,70
Kontokorrent- & Debitorenkonto	1 435 475,71	Reingewinn	13 464,06
Immobilien:			
a) Verwaltungsgebäude	1,—		
b) Beamtenwohngebäude	48 081,37		
Mobilien- (Maschinen)-konto	8 001,—		
Hypotheken-Aufwertungskonto	354 451,03		
Schuldschein-Aufwertungskonto	1 882,75		
Faustpfand-Aufwertungskonto	468,20		
Effekten-Aufwertungskonto	75 685,50		
	2 498 252,62		2 498 252,62

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 626 000,47 RM der Einlagen = 154 800,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 82 099,76 RM
Somit weniger = 72 700,24 RM

Ladenburg, den 14. Januar 1928.

M. 331

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Koch, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: Sadert, Direktor.

Güterrechtsregister.

M. 320
Güterrechtsregister Jahr Band III Seite 56. Rudolf Jacob, Schlossermeister in Jahr, und dessen Ehefrau Emma geb. Häfeler. Ehevertrag vom 2. Januar 1928. Erziehungsgemeinschaft. Das Eheverbringen

der Ehefrau sowie alles Vermögen das diese etwa von Todes wegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erworben ist zu deren Verbleibensgut erklärt.

Jahr, 6. Jan. 1928. Bad. Amtsgericht.



und zur Neu-
Wohnform
führt über
zeitgemäße
Bauen
Wir zeigen von
Sonntag den 15. Jan.
bis Sonntag " 22.
von 10-18 Uhr
praktische
Wohnbeispiele
in unserer soeben
fertiggestellten
Wohnhausgrupp
an der Kniebis-Str.
Weihenfeld
Eingang vom Bahnhof
in Beiertheim.
Wir laden hiermit
zur Besichtigung ein.
Eintritt frei
Benzinger Bau

Autoverbindung!

Sonntag, den 22. Januar 1928
von 1/10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags
alle 15 Minuten vom Hauptbahnhof zur
Ausstellung
Fahrpreis 20 Rpf.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des
Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den
Musikalienhandlungen 961

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ
der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerbezirken gelesen

Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:

Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Der Badische Sparkassen- und Giroverband in Mannheim, B. 1. 6. sucht wegen Ausbaus der Verbandsrevision zum sofortigen Dienstantritt

zwei Revisionsbeamte.

Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf die Dauer eines Jahres. Einreichung des einen Beamten erfolgt in Gruppe VIII, des anderen in Gruppe IX der W.-D. mit Beförderungsmöglichkeit. Es kommen nur erste Kräfte in Frage. Bewerber aus dem Kreise der geprüften staatlichen Revisoren mit praktischer Erfahrung im Revisionsdienst erhalten den Vorzug. Die Bewerbungen wollen bis 20. Januar 1928 unter Angabe der Gehaltsansprüche und unter Anschluß eines Lebenslaufes hierher eingereicht werden. 980

Der Verbandsvorsitzende:
Dr. Gugelmeyer,
Präsident.

Ihren Umzug betr.
brauchen Sie
Möbelwagen?

Bad. Lagerhaus Offenburg
Besitzer: Billy Wagner
fragen. Gestell, bestempf. zuverl.
Möbelpeditions-Unternehmen.

Eppingen. M. 323
Vereinsregister: Seefest-
schaft Eppingen.
Eppingen, 9. Jan. 1928.
Amtsgericht.



Badisches Landesstheater

Mittwoch, 18. Januar 1928
*G 15 Th.-Gem. 2. S.-Gr.

Der Troubadour

von Verdi
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Robert Lebert

Graf Armin Weltner a. G.
Leonore von Ernst
Ines Seibertich
Manrico Kentwig
Ruiz Lauffötter
Ferrando

Dr. Bucherpfennig
Strad
Pigeuner Gröbinger
Bote Lindenmann

Anfang 19 1/2, Ende nach 22
I. Rang und I. Sperrsiß
7 RM

Do. 19. Jan.: Die Journalisten.
Fr. 20. Jan.:
Die Nacht des Schiffstals

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Bis 1. März
täglich

**Die große
REVUE
Das
lebende
Magazin**